

## 2.1 Eine Konzeptualisierung von Politik

### 2.1.1 Politik als Hervorbringung und Gestaltung von Streitfragen und Öffentlichkeiten

Zunächst gilt es zu definieren, was in dieser Arbeit unter Politik und politischen Praktiken verstanden wird, und zu klären, in welcher Beziehung sie zu der Hervorbringung und Gestaltung von Streitfragen und Öffentlichkeiten stehen. In der Einleitung dieser Arbeit wurden bereits verschiedene theoretische und empirische Arbeiten in den STS und der ANT genannt, in denen seit einiger Zeit eine pragmatistische Forschungsperspektive auf Politik und politische Praktiken (weiter-)entwickelt wird. Diese ist für eine nähere Betrachtung des Zusammenhangs von Politik, Streitfragen und Öffentlichkeiten durchaus geeignet – insbesondere angesichts seiner aktuellen empirischen Ausprägungen im Kontext der »Flüchtlingsfrage« und anderer Kontroversen: Noortje Marres vertritt in ihren Arbeiten zu Öffentlichkeit, Demokratie und Politik (Marres 2015; 2007) die Ansicht, dass sich Öffentlichkeiten als Reaktion auf ungelöste Streitfragen und ungewisse Situationen formieren. Mit diesem Verständnis bezieht sich Marres primär auf eine einflussreiche Debatte innerhalb der politischen Philosophie des amerikanischen Pragmatismus. Im Zentrum dieser Debatte, die sich in den 1920er-Jahren zwischen John Dewey (1991 [1927]) und Walter Lippmann (1997 [1922]; 2002 [1927]) entwickelt hat, stand die mögliche Entwicklung von Demokratie in technologisierten Gesellschaften. In ihrer Rezeption und Neuinterpretation arbeitet Marres die von Dewey und Lippmann ebenfalls diskutierte Rolle von Problemen oder Streitfragen in der Entstehung und Involvierung von Öffentlichkeiten heraus.

Demnach spricht sich Lippmann in seinen beiden Büchern *Public Opinion* (1997 [1922]) und *The Phantom Public* (2002 [1927]) deutlich gegen die Vorstellung einer dauerhaften, passiven, klar definierbaren Öffentlichkeit als Einheit aus. Er stellt die These auf, dass »die« Öffentlichkeit als Totalität ein »Phantom«<sup>1</sup> sei. Ebenso wenig wie eine geeinte Öffentlichkeit könne es deren Allgemeinwohl und »den« kollektiven Willen geben. Lippmann konzipiert Öffentlichkeit im

---

1 Lippmann nimmt mit diesem Begriff Bezug auf einige prominente Thesen des dänischen Philosophen Søren Kierkegaard, der eine veränderte Form von Öffentlichkeit hin zu einer abstrakten, phantomhaften Entität durch das damalige Aufkommen neuer Medienformen wie der Druckpresse, des Radios oder Kinos proklamiert hat. Näheres hierzu findet sich ebenfalls in einigen Arbeiten von Marres (2005, 216; 2007, 766f).

Plural, das heißt als provisorische, aktive und situativ emergente Öffentlichkeiten, als heterogene Vielheiten. Infolgedessen müsse die Repräsentation als Verfahren und Konstruktionsprozess einer vermeintlich homogenen, beständigen Öffentlichkeit und deren Interessen durch Regierung oder Staat immer scheitern (Marres 2007, 766ff).

In diesem Verständnis existieren Öffentlichkeiten nicht bereits vor der Entstehung einer politischen Kontroverse. Vielmehr ergeben sie sich ad hoc aus jeweils ungelösten gesellschaftlichen Streitfragen und konkreten ungewissen Situationen, die dann auftreten, wenn zu ihrer (Auf-)Lösung das Expert:innenwissen fehlt, das heißt, wenn die existierenden etablierten Institutionen und direkt involvierten, professionellen Akteur:innen an einer Lösung scheitern und solche Streitfragen somit nicht adäquat kontrollieren und »erledigen« können, sondern darüber hinaus weitere Akteur:innen – wenn auch indirekt – ernsthaft affiziert werden (Marres 2015, 46f; 2007, 767):

»[I]t is in controversies of this kind, the hardest controversies to disentangle, that the public is called in to judge. Where the facts are most obscure, where precedents are lacking, where novelty and confusion pervade everything, the public in all its unfitness is compelled to make its most important decisions. The hardest problems are problems which institutions cannot handle. They are the public's problems.« (Lippmann 2002 [1927], 121; zit.n. Marres 2007, 766ff).

Öffentlichkeiten werden somit erst durch solche Streitfragen konstituiert, indem diese Fragen und damit verbundenen Kontroversen den Prozess von Öffentlichkeitsbildung und -beteiligung anstoßen, in Bewegung bringen. Die Streitfragen funktionieren daher als »Organisationsprinzip« von Öffentlichkeiten (Marres 2007, 769): *No issue<sup>2</sup>, no public* (Marres 2005). Je nachdem, in welcher spezifischen Form und in welchem Modus eine Streitfrage dann konkret artikuliert und gerahmt wird, kann eine entsprechende Öffentlichkeit in einem Prozess des *issue-makings* hervorgebracht und gestaltet werden.

- 
- 2 Grundsätzlich verweist Marres auf eine notwendige Unterscheidung der beiden Begriffe *issues* und *problems*: Der von Dewey und Lippmann verwendete Begriff *problem* suggeriere zu sehr eine Kontrollier- und Lösbarkeit solcher Streitfragen, die die beiden Pragmatisten damals annahmen. Im Gegensatz dazu verwendet sie den Begriff *issue*, der eher das mögliche Scheitern solcher Lösungsversuche beinhaltet (Marres 2007, 768).

Die einzige kritische Auseinandersetzung mit Lippmanns Konzipierung von Öffentlichkeit ist Deweys Buch über politische Philosophie *The Public and Its Problems* (1991 [1927]). Obwohl Dewey Lippmanns Ansicht teilt, dass Öffentlichkeit als eine provisorische Vielheit mit heterogenen Interessen konzipiert werden müsse, ergänzt er dessen Annahme bezüglich der Entstehung von Öffentlichkeiten. Dewey betont die zentrale Bedeutung von nicht vorhersehbaren, unsichtbaren Konsequenzen kollektiver Handlungen bei Öffentlichkeitsbildungen, die Verfahren etablierter Institutionen an ihre Grenzen bringen (Marres 2007, 766ff). Bruno Latour beschreibt diese Bedeutung mit den folgenden Worten:

»Im Gegensatz zu allen Träumen einer rationalen Politik, die diesen Kontinent über die Jahrhunderte hin verwüstet haben, setzt Dewey die Öffentlichkeit nicht mit dem Wissen der Autoritäten, sondern mit Blindheit gleich. Öffentlichkeit entsteht, wenn wir in etwas verwickelt sind, ohne zu wissen, worin und wieso, wenn der Souverän blind ist. Statt das Schicksal der Republik dem wohlwollenden Überblick der Experten anzuvertrauen, zeichnet Dewey den Aufbau der Öffentlichkeit vor, wenn es keinen Experten gibt, der in der Lage ist, die Folgen des kollektiven Handelns zu bestimmen.« (Latour 2001b; zit.n. Wieser 2012, 238)

Gemäß Dewey sind der Umfang und die Verteilung solcher indirekten Auswirkungen auf Öffentlichkeiten für deren Entstehung relevant. Die Spezifität von Öffentlichkeiten liegt also auch in der charakteristischen Art und Weise, in der diese in komplexe Streitfragen involviert sind: Das Politische nimmt Gestalt an in Form einer Öffentlichkeit, die aktiviert wird durch indirekte Folgen kollektiver Handlungen für diverse Akteur:innen und die damit einhergehende direkte aktuelle oder zukünftige Gefährdung ihres sozialen Wohlergehens beziehungsweise ihrer »Dinge von Belang«. Da solche Öffentlichkeitsbildungen von Dewey immer nur als temporäre Reaktion von Betroffenen und deren Unterstützer:innen auf diese Gefährdung begriffen werden, können für ihn – ebenso wie für Lippmann – keine permanenten Öffentlichkeiten existieren (Marres 2007, 768).

Nach Deweys Definition (Dewey 1991 [1927], 15f) besteht eine Öffentlichkeit aus einer spezifischen Gruppe von Akteur:innen, die von kollektiven Handlungen zwar stark und unmittelbar betroffen sind, darauf aber selbst als individuelle Subjekte und politische »Außenseiter« jenseits von existierenden etablierten Institutionen keinen direkten oder nur sehr begrenzten Einfluss nehmen können. Mangels individueller Mittel zur Einflussnahme – wie etwa erforder-

liche Beziehungen, finanzielle Ressourcen oder notwendiges Vokabular – organisieren sich die betroffenen Akteur:innen und ihre Unterstützer:innen in Form einer Öffentlichkeit und können so kollektive Handlungsfähigkeit angesichts komplexer Streitfragen erlangen. Auf diese Weise können sie die Probleme adressieren, die sich aus kollektiven Handlungen für sie ergeben, und potenzielle Adressat:innen identifizieren, die sich dieser Probleme weiterhin »annehmen« sollen:

»This supervision and regulation [of these consequences] cannot be effected by the primary groupings themselves. [...] Consequently special agencies and measures must be formed if they are to be attended to; or else some existing group must take on new functions.« (Dewey 1991 [1927], 15f)

Dewey modifiziert demnach Lippmanns Perspektive auf Öffentlichkeitsbildungen. Darüber hinaus schlägt er eine andere Lösung für den Umgang mit komplexen politischen Angelegenheiten vor, anstatt sich jener des Lippmann'schen sachlichen demokratischen Realismus anzuschließen. Während Lippmann die Meinung vertritt, dass sachverständige Expert:innen aufgrund der zunehmenden Komplexität politischer Angelegenheiten eine starke Rolle innerhalb der Entscheidungsfindungsprozesse einer Regierung einnehmen sollten – ein Beispiel sind Enquete-Kommissionen –, bezieht Dewey eine andere Position: Die Komplexität erfordere eine kollektive Entwicklung neuer, experimentell-kreativer Formen und Prozeduren von Öffentlichkeitsbeteiligung und Wissensproduktion jenseits von Expert:innen und etablierter Verfahren, wolle man öffentliche Angelegenheiten angemessen adressieren. Eine Involvierung würde es Bürger:innen ermöglichen, ebenfalls relevante Meinungen beizusteuern. Eine kluge Entscheidungsfindung angesichts von Situationen radikaler Ungewissheit und eine angemessene Lösung von Streitfragen können nur erfolgen, wenn das »situierter Wissen«<sup>3</sup> von Expert:innen und Bürger:innen produktiv miteinander in Interaktion gebracht, aufeinander abgestimmt und bestenfalls in (transdisziplinäre) Kollaborationen

- 
- 3 Der Begriff des »situierter Wissens« wurde von Donna Haraway in ihrem Essay *Situated Knowledges: The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective* (Haraway 1988) geprägt und ist zentral für ihre erkenntnistheoretischen Arbeiten. Haraway macht ihre Leser:innen damit auf den unvermeidbar lokalen, kontextbedingten, immer begrenzten und daher nicht verallgemeinerbaren Charakter von (wissenschaftlichem) Wissen und Wissenspositionen aufmerksam. Ich werde unter Kapitel 3.1 noch etwas näher auf »situierter Wissen« eingehen, wenn ich der Arbeit zugrunde liegende Beziehungen von Forschen, Denken und Schreiben rekapituliere.

überführt wird. Dewey spricht sich mithin im Gegensatz zu Lippmann für eine partizipatorische Demokratie und einen politischen Experimentalismus aus (Marres 2007, 766): Provisorische, experimentelle Öffentlichkeiten und die darin vorzufindende Diversität gleichberechtigter Wissensformen betrachtet er als eine wichtige Ergänzung der Parlamente liberal-repräsentativer Demokratien. Sie nehmen eine komplementäre Rolle hinsichtlich einer möglichen politischen Kollektivierung ein, was allerdings häufig auf Widerstand seitens etablierter politischer Institutionen und involvierter professioneller Akteur:innen stößt:

»These changes are extrinsic to political forms, which, once established, persist of their own momentum. The new public which is generated remains inchoate, unorganized, because it cannot use inherited political agencies. The latter, if elaborate and well institutionalized, obstruct the organization of the new public. [...] To form itself, the public has to break existing forms.« (Dewey 1991 [1927], 30f)

Marres will neben den Differenzen auch Ähnlichkeiten zwischen Lippmanns und Deweys Argumentation wahrgenommen sehen (Marres 2007, 766; Herv. i.O.). Beide weisen der Entstehung von und verstärkten Fokussierung auf Streitfragen ein demokratisches Potenzial zu, da diese der entscheidende Anlass sind, dass Öffentlichkeiten und betroffene Akteur:innen überhaupt mobilisiert und in politische Prozesse einbezogen werden. Im Rahmen dieser Involvierung können die heterogenen Positionen verhandelt werden, um so kollektive Positionen und Handlungsfähigkeiten zu konstruieren, zu artikulieren und umzusetzen. Eine demokratische Politik ohne eine Auseinandersetzung mit konkreten Streitfragen – also dem eigentlichen Inhalt von Politik – wäre demnach sinnlos. Im Hinblick auf Lippmanns Thesen beschreibt Marres dieses demokratische Potenzial wie folgt:

»Lippman thus completely turns the table on modern democracy. He proposes that precisely those problems that in the modern view cannot be solved democratically [...] are the most suitable ones for a democratic solution. [...] Why? Because simple, ›manageable‹ problems can be expected to be taken care of by existing institutions and by the social groupings that encounter them. [...] It is the *absence* of a community or institution to deal with the issue that makes public involvement in politics a necessity. Because if the public doesn't adopt an issue, no one will.« (Marres 2005, 211ff; Herv. i.O.)

Dewey und Lippmann folgend, betont Marres den fragilen, provisorischen und instabilen Charakter von Öffentlichkeit, Demokratie und Politik, die nur in jeweils historisch und geografisch spezifischen Formationen existierten (Marres 2007, 766ff).

An eben diese umrissene Rezeption und Interpretation pragmatistischer Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und Politik durch Marres schließt auch Latour mit seinen Überlegungen zu einem sukzessiven Prozess des bereits erwähnten *issue-makings* an (Latour 2007). Er beschreibt Politik hier als den Prozess, in dem komplexe Streitfragen und dazugehörige Öffentlichkeiten hervorgebracht und gestaltet werden. Latour fokussiert die unterschiedlichen Zyklen, in denen solche Streitfragen als »Dinge von Belang« thematisiert, problematisiert, geordnet und verdinglicht werden. Im Sinne einer tentativen, pragmatischen »Zurichtung« wird versucht, zu einer Einschätzung der ungelösten Streitfragen und ungewissen Situationen und zu einer zukünftigen Handlungsfähigkeit zu gelangen. Unterschiedliche kollektive Subjektivitäten artikulieren sich in diesem Prozess und versuchen ihre spezifische Problemdefinition der »Dinge von Belang« und ihre jeweilige politische Handlungsstrategie durchzusetzen. Sie streben somit an, das als grundsätzlich anerkannt zu etablieren, was gesellschaftlich als umstrittene Angelegenheit wahrgenommen, verhandelt und definiert wird. Latour betont die Notwendigkeit eines solchen Prozesses der kollektiven Verhandlung von »Dingen von Belang« in seinem Buch *An Inquiry into Modes of Existence (AIME)* mit den folgenden Worten: »It is because we disagree that we are obliged to meet – we are *held* to that obligation and thus assembled.« (Latour 2013, 337; Herv. i.O.)

Im Zusammenhang mit den alternativen Artikulationen von Streitfragen und Öffentlichkeiten verweist Marres auf die daraus folgenden alternativen Konsequenzen für die weitere Entwicklung der gesellschaftlichen Integration der »Dinge von Belang«:

»As public issues depend on outside involvement for their settlement, the difference between ›publicizing‹ and ›de-publicizing‹ issue articulations is of central importance. One way to further characterize this difference is to consider that alternative issue articulations highlight different associations that come together in an issue: to foreground some associations enables the opening up of the issue for outside scrutiny, while an emphasis on others closes it down.« (Marres 2007, 772)

Die von Marres und Latour vertretene weite Konzeptualisierung von Politik und politischen Praktiken beruht auf einem nicht essentialistischen Verständnis und beinhaltet eine (Forschungs-)Orientierung auf komplexe Streitfragen und Öffentlichkeiten, deren Hervorbringung und Gestaltung: »Politics is not some essence, it is something that moves, it is something that has a trajectory.« (Latour 2007, 814) In diesem kontinuierlichen Prozess der öffentlichen Verhandlung und versuchten Institutionalisierung müssen Politik und politische Praktiken somit validiert und stabilisiert oder verworfen und neu artikuliert werden. Die bereits von Lippmann und Dewey skizzierte Kritik an politischen Repräsentationstheorien wird in Marres und Latours Argumentation erneut erkennbar: Will man Politik in diesem weiten Sinn empirisch untersuchen, ist es nicht zielführend, sich mit bereits vorab definierten Öffentlichkeiten und deren vermeintlichen Interessen zu beschäftigen. Es ist naheliegender, Politik als ein performatives Phänomen zu begreifen, das in experimentellen Settings zustande kommt und entsprechend der Vielfalt möglicher Beteiligungsformen variieren kann.

Darin spiegelt sich eine optimistische Perspektive auf eine öffentliche Involvierung in politische Angelegenheiten in Form einer umfassenden Mobilisierung von Akteur:innen: »[...] [I]n the event that [...] [a widespread mobilization of actors is achieved], the appearance on the scene (in the media or in the streets) of committed citizens may be described as a particular event of issue articulation.« (Marres 2007, 776) In einer Reaktualisierung von Deweys Demokratieverständnis spricht Marres sich daher für eine stärkere Anerkennung der Produktivität einer solchen öffentlichen Involvierung und Einflussnahme auf politische Streitfragen aus – vermeintliche »Tatsachen« können so als umstrittene »Dinge von Belang« verhandelt werden:

»[...] [T]he distinctive affordances for public involvement must now be described, not only in terms of their capacity to add inclusivity and accountability to political dealings with issues, or to transform people into citizens. These arrangements must also be appreciated for the way they facilitate a distinctive articulation of issues, as matters of public concern.« (Marres 2007, 776)

Die Produktivität besteht somit nicht nur darin, eine komplexe Streitfrage zu fixieren, zu bearbeiten und ihre Komplexität zu reduzieren. Vielmehr geht es auch darum, alternative Artikulationen und Versionen einer Streitfrage und somit eine Betonung und Verstärkung ihrer Komplexität in einem auf Öffnung fokussierten Sinn zu ermöglichen. Im Gegensatz zu etablierten Positionen

und Versionen können folglich auch alternative Versionen einer Streitfrage formuliert, öffentlich verhandelt und experimentell getestet werden. Mit einem kollektiven und experimentellen Suchprozess kann bestenfalls wieder eine Komplexitätsreduktion und integrative Schließung einhergehen, die in eine sukzessive Beilegung der Streitfrage und eine Auflösung der entsprechenden Öffentlichkeit münden kann. Gleichwohl verweist Marres darauf, dass solche alternativen Artikulationsversuche durchaus partiell misslingen oder gänzlich scheitern können. Diese ständige Möglichkeit des Scheiterns sei in der Konzeptualisierung von Politik zu berücksichtigen (Marres 2007, 776).

In die weite Konzeption von Politik und politischen Praktiken werden also pragmatistische Überlegungen zur öffentlichen Verhandlung und möglichen Lösung von komplexen Streitfragen einbezogen. Marres arbeitet jedoch nicht nur bestehende Gemeinsamkeiten zwischen Deweys und Lippmanns Konzeptionen heraus,<sup>4</sup> sie schlägt ferner deren Erweiterung um aktuelle Diskussionen über verschiedene Formen von Politik innerhalb der STS und ANT vor. Sie ergänzt die pragmatistischen Überlegungen und deren Fokus auf sprachliche Auseinandersetzungen zwischen Subjekten in der Hervorbringung und Gestaltung von Streitfragen und Öffentlichkeiten explizit um einen Blick auf die heterogenen, verstärkten Interaktionen und (Ver-)Bindungen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteur:innen respektive Subjekt(en) und Objekt(en). Um die Qualität und Beschaffenheit dieser Interaktionen und (Ver-)Bindungen zu verdeutlichen, greift Marres auf einen Begriff von Emilie Gomart und Antoine Hennion zurück<sup>5</sup>, nämlich den Begriff *attachment*, der ursprünglich in der Bindungsforschung und -theorie entwickelt wurde und die frühe, intensive emotionale Beziehung zwischen Säugling und zentralen Bezugspersonen beschreibt. Bei Gomart und Hennion bezeichnet der Begriff jedoch die komplexe, affektive und reziproke Beziehung zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteur:innen (Drogen, Musik). Diese Beziehung wird durch die jeweilige aktive Hingabe, gegenseitige Abhängigkeit sowie affektive Verbundenheit der involvierten Subjekte und

4 Eine ausführlichere Schilderung dieser Gemeinsamkeiten findet sich hier: Marres 2005, 208–217; 2007, 765–776 und 2012, 40–59.

5 Gomart und Hennion führen ihn im Rahmen ihrer empirischen Studien zum Verhältnis von Drogenkonsument:innen zu Substanzen sowie von Musikliebhaber:innen zu Musik ein (Gomart und Hennion 1999) und Hennion befasst sich in späteren Arbeiten damit näher (Hennion 2007a; 2007b; 2012). Auf diese Arbeiten und die darin formulierten Überlegungen werde ich im Zuge des Versuchs einer möglichen engen Konzeptualisierung von ästhetischen Praktiken noch eingehen.



Objekte charakterisiert. Das spezifische wechselseitige Verhältnis transzendiert daher die vermeintliche Dichotomie von Passivität und Aktivität, wie Hennion an anderer Stelle in einem Interview formuliert:

»We are not the outcome of completely deliberate, individual decisions. Rather, we are the outcome of a series of slightly different experiences that happen over time. The suffix [of attachment]–ment stresses that attachment is not a bond that we simply accept. We have to participate in our attachment to be attached.« (Pomiès und Hennion 2021, 120)

Marres überträgt *attachment* auf die Hervorbringung und Gestaltung von Streitfragen und Öffentlichkeiten. Sie betont, dass komplexe Streitfragen Öffentlichkeiten nicht etwa alleine in Form von Zeitungsartikeln, politischen Dokumenten oder spezifischen etablierten demokratischen Prozeduren und Beteiligungsformaten wie parlamentarischen Debatten erreichen. Vielmehr können alternative Positionen und Streitfragen gleichermaßen mithilfe konkreter, durchaus alltäglicher Objekte und Umwelten öffentlich artikuliert und vermittelt werden (Marres 2007, 776) – etwa bestimmte Roh- und Werkstoffe oder analoge und digitale (Infra-)Strukturen wie architektonische Gebäude oder Informations- und Kommunikationstechnologien, mit denen Menschen unentwegt interagieren und so Beziehungen sowohl untereinander als auch zu diesen nicht-menschlichen Elementen entwickeln. Durch solche Elemente oder nicht-menschlichen Akteur:innen, die immer wieder einen symbolischen Charakter aufweisen, können folglich vielfältige – wenngleich teilweise situative und veränderbare – Beziehungen zwischen Menschen gestaltet und affektiv in Streitfragen involviert werden. So nehmen beispielsweise anhaltende Mediatisierungsprozesse zentralen Einfluss auf die Gestaltung von politischen Praktiken, etwa Kommunikation und Organisation über verschiedenste Social-Media-Plattformen wie Facebook, Twitter oder Instagram.

Auch das demokratische Potenzial einer öffentlichen Involvierung von Bürger:innen in komplexe Streitfragen kann mithilfe solcher (Ver-)Bindungen berücksichtigt werden: »Indeed, by approaching issues as particular entanglements of actors' attachments, it becomes possible to credit these entanglements as sources and resources for enacting of public involvement in controversy.« (Marres 2007, 775) Ein solches Verständnis von Politik und politischen Praktiken macht eine Verschiebung der Aufmerksamkeit auf verschiedenste außerparlamentarische, experimentelle Situationen notwendig, in denen Politik und politische Praktiken durch vielfältige, spezifische Beziehungen zwischen menschlichen und nicht-menschlichen Akteur:innen aktiv

und situativ material und körperlich konstituiert werden. »[...]If we wish to account for the difference that publics can make to politics, we must focus on attempts at the publicization of issues.« (Marres 2007, 775f) Vor diesem Hintergrund erscheint eine Untersuchung der beiden von Latour gestellten Fragen wichtig: »[W]hat are the things politics should turn around and how it is going to turn around those things [...]« (Latour 2007, 819)?

Wie gelingt es aber, dass Akteur:innen – Betroffene und deren Unterstützer:innen – sich erfolgreich als politisches Kollektiv organisieren, um ihre alternative Artikulation und Version einer Streitfrage zu kommunizieren und zur öffentlichen Verhandlung zu stellen? Wie lassen sich kollektive demokratische Handlungsfähigkeiten erlangen und wie lässt sich zumindest hinsichtlich einiger zentraler Aspekte relevantes Wissen generieren, wenn schon die Streitfragen nicht zu lösen sind? Zur Klärung der Frage, wie eine solche kollektive Problematisierung – das heißt Politik und politische Praktiken in einem weiten Sinne – konkret erfolgt und wie Kollektivierung praktisch entsteht, kann die weite Konzeptualisierung nichts beitragen. Hierfür müssten Politik und politische Praktiken in einem engeren Sinne konzipiert werden, als bisher geschehen.

## 2.1.2 Politik als performative Repräsentation kollektiver Subjektivität

Bei der engeren Konzeption von Politik und politischen Praktiken kann erneut auf ein Konzept von Latour zurückgegriffen werden.<sup>6</sup> Es kann als komplementär zu dem skizzierten weiten Politikverständnis verstanden werden und wird von Latour bereits in seinem 2003 erschienenen Artikel *What if we Talked Politics a Little?* (Latour 2003) entwickelt. Später wird es in entsprechenden Abschnitten seines Buches *An Inquiry into Modes of Existence (AIME)* (Latour 2013) weiter fortgeführt und ausgearbeitet. Politik wird hier als ein spezifischer Existenzmodus der Gesellschaft konzipiert, in dem die angesprochene kollektive Problematisierung erfolgt: ein Modus, der als performative Repräsentation von kollektiver Subjektivität gefasst werden kann. Dieser Modus kann und sollte laut Latour von verschiedenen anderen gesellschaftlichen Existenzmodi abgegrenzt werden, wie etwa von wissenschaftlichen, technischen, juristischen

6 Wenngleich sich durchaus noch andere Arbeiten aus der politischen Repräsentationstheorie und dem dort vollzogenen *constructivist turn* finden lassen (z.B. Disch 2010; 2008).

oder religiösen Modi, die mit jeweils begrenzten spezifischen Ausdrucksformen, Dynamiken und Zielsetzungen verbunden seien und demzufolge nach eigenen Standards bewertet werden müssten.

Ausgangspunkte von Latours Überlegungen zur dringenden Notwendigkeit eines solchen Fokus auf den spezifischen Charakter von Politik und ihrer Funktion sind eine »Krise der Repräsentation« und die gesellschaftlich weit verbreitete Desillusionierung in Bezug auf Politik und politische Sprechakte. Diese Desillusionierung beruhe unter anderem auf dem zentralen Missverständnis, politische Äußerungen und Repräsentationen anhand von Kriterien wie »Transparenz«, »Wahrheit« oder »Genauigkeit« zu beurteilen. In dem Falle seien das jedoch nicht die relevanten Kriterien, was zwangsweise einer Enttäuschung führe müsse:

»Political expression is always disappointing; that is where we must start. In terms of the transfer of exact undistorted information on the social or natural world, we could say that it always seems to be totally inadequate: truisms, clichés, handshakes, half-truths, half-lies, windy words, repetitions mostly, ad nauseam. That is the ordinary, banal, daily, limp tautological character of this form of discourse that shocks the brilliant, the upright, the fast, the organized, the lively, the informed, the great, the decided. When one says that someone or something is ›political‹, one signals above all this fundamental disappointment ... The expression ›that's political‹ means first and foremost ›it doesn't move straight‹, ›it doesn't move fast‹; it always implies that ›if only we didn't have this load, we'd achieve our goal more directly‹.« (Latour 2003, 145)

Beim politischen Modus geht es nicht um eine Repräsentation und Konstituierung von objektiver Realität und Fakten, wie sie beispielsweise im wissenschaftlichen Modus verfolgt wird, sondern um die Repräsentation und Konstituierung von Kollektivität und kollektiven Interessen. Politische Praktiken in einer engen Definition können folglich als Praktiken verstanden werden, die zu Kollektivierung führen, das heißt als Praktiken, in denen kollektive Subjekte und kollektives Handeln konstituiert werden. Den Vorteil einer solchen engen Konzeption von Politik und politischen Praktiken formuliert Latour in seinem Text in einer Fußnote folgendermaßen: »This is why it is perfectly possible (a) to distinguish politics from other types of enunciation, (b) still detect politics ›everywhere‹ when some group formation is at stake and nonetheless (c) avoid the empty claim that ›everything is political‹.« (Latour 2003, 163; FN8)

Latours Metapher des politischen Kreises<sup>7</sup> soll veranschaulichen, wie eine solche kollektive Subjektivität – das heißt die oftmals prekäre Übersetzung und Transformation von Einzelwillen in Kollektivwillen und -handlung – aussieht und wie etwas zu einem kollektiven Interesse oder Problem »gemacht« wird. Aus einer Vielheit zerstreuter, heterogener Subjekte und ihren Partikularinteressen sowie dem damit verbundenen individuellen Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum wird demnach erst im Rahmen der auf Schließung fokussierten performativen Repräsentation eines »Wir« eine – wenngleich temporäre – kollektive Einheit mit einer ebenfalls temporären politischen Autorität. Diese Einheit verpflichtet als politische Autorität die Vielheit dementsprechend auf eine »Wir-Identität«, der sich alle zugehörig fühlen. Sie artikuliert gemeinsame Interessen, Ansprüche und Handlungsvorschläge und legitimiert kollektiv verbindliche Werte in Vertretung des öffentlichen Interesses: Sie spricht im Namen des Kollektivs. Latour betont die fragile und fortwährend gefährdete Existenz von »Wir-Identitäten« und sozialen Referenzgruppen wie Nation, Kultur, Gesellschaft, Staat. Das politische Sprechen beschreibt er folgendermaßen:

»[...] [T]o study political talk we need to abandon the idea of a guaranteed existence of groups. These are continuously being formed and reformed, and one of the ways of making them exist, [...] is by surrounding them, grasping them, regrasping them, reproducing them, over and over again, by ›lassoing‹ them, enveloping them, in the curve of political talk. Without this enunciation there would simply be no thinkable, visible, viable and unifiable social aggregate.« (Latour 2003, 148)

Wenn die mit einem solchen Sprechen verbundene performative Repräsentation von kollektiver Subjektivität erfolgreich gelingt, werden die Interessen, Handlungsvorschläge und Werte von der Vielheit praktisch umgesetzt, indem sie sich organisiert und gemeinsame Interessen verfolgt. Auf diese Weise wird aus dem Kollektivwillen wieder ein Einzelwillen und der Prozess der Kollektivierung, also die Herstellung eines verbindlichen »Wir«, muss von vorne beginnen. Für eine Reproduktion und temporäre Stabilisierung demokratischer Ordnungen muss die politische Kreisbewegung der Repräsentation wieder initiiert werden – und das permanent:

---

7 Siehe hierzu auch die Abbildung des Kreises in Latours Artikel (Latour 2003, 150).

»There is no group without (re)grouping, no regrouping without mobilizing talk. A family, even an individual, a firm, a laboratory, a workshop, a planet, an organization, an institution: none have less need for this regime than a state or a nation, a rotary club, a jazz band or a gang of hooligans. For each aggregate to be shaped and reshaped, a particular, appropriate dose of politics is needed.« (Latour 2003, 149)

Diesen unvermeidbaren permanenten Übersetzungs- und Transformationsprozess erläutert Graham Harman in seiner Auseinandersetzung mit Latours Konzeption von Politik folgendermaßen:

»There is no transport without transformation, no way to move facts, goods, wishes, or commands from one place to another without coming to grips with the constraints of the new situation. [...] The point is not to lie or deviate, but to succeed in closing the political circle: forming a new and temporary collective, translating its wishes into unforeseen form, then awaiting the possibly surprising results of its unforeseen manner of obedience.« (Harman 2014, 87)

Der Prozess kann allerdings immer wieder unterbrochen werden, indem die heterogene Vielheit sich der Repräsentation verweigert und Dissens artikuliert, wenn sie sich als übergangen und ihre Interessen als unberücksichtigt empfindet. Sie kann entsprechend ihr Anders-Sein behaupten und der politischen Autorität Widerstand leisten. So kann eine politische Kontroverse darüber beginnen, was das »Wir« eigentlich beinhaltet und um welche bisher marginalisierten Sprecher:innen und Positionen das Kollektiv erweitert werden müsste. Aus der zirkulären Konzeption von Kollektivierung folgt demnach ein Verständnis von Kollektivität als Effekt von politischen Praktiken und nicht als eine unveränderliche, vorgängige Realität und Ursache dieser Praktiken. Latour sieht in eben dieser kontinuierlichen, notwendigerweise artifiziellen und mühsamen Bewegung, den politischen Kreis (wieder-)aufzunehmen, die Aufgabe und niemals endende Arbeit von Politik, was er in einem anderen Zusammenhang wie folgt illustriert: »It's like love: it's not that because you have done it once – declared love – that you don't have to do it again and start all over again.« (Cvejić, Popivoda und Vujanović 2012, 75)

Die performative Repräsentation wird in Latours Konzeption allerdings keineswegs auf verbale Repräsentationen durch menschliche Akteur:innen und deren Verhandlungen kollektiver Interessen beschränkt. Vielmehr kann kollektive Subjektivität auch durch diverse andere Formen der Artikulati-

on mithilfe nicht-menschlicher Akteur:innen experimentell und material hergestellt und verhandelt werden, beispielsweise mittels räumlich-architektonischer oder auch (audio-)visueller Repräsentation wie Gebäude oder Gelände oder Fotografien, Tonaufnahmen und Videos. Mithilfe solcher Repräsentationen können heterogene Akteur:innen und deren situiertes Wissen versammelt und miteinander – zumindest situativ – auf vielfältige Weise verbunden werden. Diese anderen Formen bilden somit neben rein verbalen Sprechakten ebenso die mikrostrukturellen »Gelingensbedingungen« oder *conditions of felicity*<sup>8</sup> (Latour 2003, 146ff) von politischen Kollektivierungsformen und ermöglichen folglich erst Kollektivierungsprozesse. Ebenso wie Marres im Zusammenhang mit der Hervorbringung und Gestaltung von Streitfragen und Öffentlichkeiten verweist Latour bereits an anderer Stelle auf die zahlreichen (Ver-)Bindungs- und Übersetzungsleistungen von nicht-menschlichen Elementen im Zusammenhang mit der performativen Repräsentation von kollektiver Subjektivität. Er plädiert daher auch für eine Berücksichtigung affektiver (Ver-)Bindungen und Übersetzungen in diesen Interaktionen, wenn er Folgendes anmerkt: »To understand the activity of subjects, their emotions, their passions, we must turn our attention to that which attaches and activates them, an obvious proposition but one normally overlooked.« (Latour 1999, 27) Die Zirkulation und Produktivität einzelner heterogener Elemente, beispielsweise von spezifischen (Wissens-)Objekten wie Gesetzestexten, Grafiken, Anträgen, Plänen oder Zeitungsartikeln, Facebookposts und Tweets, in den permanenten Interaktionen von menschlichen und nicht-menschlichen Akteur:innen können dementsprechend in politikwissenschaftlichen empirischen Untersuchungen verstärkt in den Vordergrund rücken.

Im Folgenden wird der Fokus daher eben auf die mikrostrukturellen »Gelingensbedingungen« von Öffentlichkeitsbildungs- und Kollektivierungsprozessen gerichtet. Weshalb und mithilfe welcher (Ver-)Bindungs- und Übersetzungsleistungen können solche Prozesse *gelingen* und weshalb und inwiefern können sie *misslingen*? Ich habe in der Einleitung verdeutlicht, dass politische Praktiken oftmals in einer intensiven, äußerst spannungsvollen und durchaus produktiven Verbindung mit ästhetischen Praktiken stehen. Mit besagter Fokusverschiebung und dem Gelingen oder Misslingen der Gestaltung und Verbindung von politischen und ästhetischen Praktiken über eine mögliche Kon-

---

8 In seinem Versuch, die Sprechakttheorie Austins gewissermaßen zu »ontologisieren«, erweitert Latour diesen Begriff um andere, nicht-menschliche Formen der »Rede« und »Handlungen«, die solche Sprechakte mit-konstituieren.

zeptualisierung von ästhetischen Praktiken befassen sich folgende Ausführungen.

## 2.2 Eine Konzeptualisierung von Ästhetik

### 2.2.1 Ästhetik als Hervorbringung und Gestaltung von sinnlicher Wahrnehmung

Zunächst soll geklärt werden, inwiefern Ästhetik und ästhetische Praktiken sich in einer weiten Konzeptualisierung als Praktiken zur Hervorbringung und Gestaltung von sinnlicher Wahrnehmung fassen lassen. In der Einleitung wurde bereits die wachsende Aufmerksamkeit thematisiert, die Ästhetisierungsprozessen und deren möglichem Beitrag zu sozialer Ordnung in der westlichen Gegenwartsgesellschaft zukommt. Ich habe in diesem Zusammenhang einige praxeologische Positionen (u.a. Reckwitz, Prinz und Schäfer 2015; Reckwitz 2016) skizziert, die interessante Forschungsperspektiven auf Ästhetik und ästhetische Praktiken ermöglichen. Auf die in diesen Ansätzen vorzufindende weite Konzeptualisierung von Ästhetik und ästhetischen Praktiken möchte ich nun zurückgreifen und sie näher ausführen.

Reckwitz schlägt vor, die Verbundenheit sozialer Praktiken und Ordnungen mit sinnlichen Praktiken und Ordnungen im Allgemeinen in den Blick zu nehmen, und betont deren wesentliche gesellschaftliche Bedeutung:

»Sinnliche Ordnungen, das, was ich ›Sinnesregime‹ nennen möchte, sind kein entbehrliches Surrogat, sondern integraler Bestandteil und notwendige Voraussetzung jeder sozialen Ordnung. Dieses Grundpostulat ist auch als heuristischer Imperativ zu verstehen: Gleich wo man soziale Ordnungen ausmacht – in Institutionen und Milieus, in Interaktionen und Mensch-Ding-Verhältnissen, in sozialen Feldern, Dispositiven oder ganzen Gesellschaftsformationen – immer sollte gefragt werden, welche sinnlichen Ordnungen und Sinnesregime diese sozialen Ordnungen ermöglichen.« (Reckwitz 2015b, 446)

Laut Reckwitz und Kolleg:innen (Reckwitz, Prinz und Schäfer 2015) verfolgen sinnliche Praktiken und damit verbundene sinnliche Wahrnehmungen – wie das Hören, Sehen, Tasten, Riechen und Bewegen – den grundlegenden Zweck, Informationen als Basis für einen möglichst reibungslosen Vollzug von Handeln zu gewinnen. Sinnliche Praktiken werden hier als körperlich veranker-